

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

Institut für Konjunkturforschung

WOCHEN BERICHT

35. Jahrgang

Berlin, den 6. Juni 1968

Nummer 23

Verhält sich die Bundesrepublik zahlungsbilanzkonform?

In der Öffentlichkeit wird kaum bestritten, daß sich die Bundesrepublik im vergangenen Jahre zahlungsbilanzkonform verhalten hat: Trotz des Rekordüberschusses in der Bilanz der Leistungen und Übertragungen (laufende Posten) von 9,7 Mrd. DM ist —so meint man— kein nennenswerter Zahlungs- oder Devisenbilanzüberschuß entstanden. Die Bundesbank behauptet sogar, die Bundesrepublik habe „den übrigen Ländern keine Liquidität entzogen, sondern im Gegenteil den Bestand der ausländischen Währungsbehörden an jederzeit verfügbaren Zahlungsmitteln eher erhöht oder jederzeit fällige Verbindlichkeiten dieser Behörden gegenüber der Bundesbank vermindert . . .“¹. So betrachtet ist die Zahlungsbilanz der Bundesrepublik sogar defizitär (400 Mill. DM) gewesen.

Im gleichen Zeitraum wiesen die offiziellen Zahlungsbilanzen Großbritanniens und der Vereinigten Staaten große Defizite auf. Die Zahlungsbilanz der USA schloß trotz eines Überschusses in den laufenden Posten von 1,8 Mrd. \$ mit einem Defizit von 3,6 Mrd. \$; in Großbritannien ergaben sich sowohl in den laufenden Posten (—1,4 Mrd. £) als auch in der Gesamtzahlungsbilanz (—0,9 Mrd. £) erhebliche Fehlbeträge.

Allerdings ist ein solcher Vergleich höchst fragwürdig. Die drei genannten Länder legen der Beurteilung ihrer Zahlungsbilanzsituation völlig verschiedene Zahlungsbilanzkonzepte zugrunde. Geht man von anderen Definitionen des Begriffs „Zahlungsbilanzsaldo“ aus, so läßt sich für die Bundesrepublik sowohl ein noch größeres Defizit als auch ein beträchtlicher Überschuß und für die Vereinigten Staaten eine ausgeglichene Zahlungsbilanz im Jahre 1967 errechnen.

Der Zahlungsbilanzsaldo eines Landes ist — allgemein definiert — die Differenz zwischen den außenwirtschaftlichen Zahlungseingängen und -aus-

gängen, also die Veränderung der Bestände an international verwendbaren Zahlungsmitteln des Landes (Devisen). Zu den im Ausland verwendbaren Zahlungsmitteln der Zentralbank zählen neben dem Bestand an Gold, Sorten und Sichtguthaben im allgemeinen auch die Bestände an rasch und ohne Verlust in Zahlungsmittel umwandelbaren Forderungen an das Ausland (Tabelle, Pos. I, 1 u. 2); in der Bundesrepublik zählen hierzu auch die „Roosa-Bonds“ und die Kredite an den Internationalen Währungsfonds (IWF) im Rahmen der „Allgemeinen Kreditvereinbarungen“ (I, 3). Die liquiden Bestände der Regierung bestehen aus dem tatsächlich eingezahlten Teil der Quote des Landes im IWF (I, 4). Diese Positionen werden als *voll verfügbare Währungsreserven* bezeichnet (IV, A u. E.). In den *beschränkt verwendbaren Reserven* (I, 4) sind unter anderem mittelfristige Schuldverschreibungen des US-Schatzamtes enthalten (Ende 1967: 1 Mrd. DM, Ende April 1968: 2,2 Mrd. DM); da diese jedoch im Ernstfall liquidisiert werden können, stellen sie faktisch ebenfalls eine vollwertige Liquiditätsreserve der Bundesrepublik dar.

Die voll verfügbaren Reserven haben sich 1967 in der Bundesrepublik um 0,4 Mrd. DM und in den USA um 0,1 Mrd. \$ verringert. Nach dieser Abgrenzung, die auch von der Bundesbank zugrunde gelegt worden ist, hat die Bundesrepublik ein Zahlungsbilanzdefizit erzielt, während die Zahlungsbilanz der USA nahezu ausgeglichen war. Geht man allerdings von den gesamten — die beschränkt verwendbaren Forderungen einschließenden — Währungsreserven aus, so ergibt sich für die Bundesrepublik ein Zahlungsbilanzüberschuß von 0,5 Mrd. D-Mark.

Bis vor wenigen Jahren bezog die Bundesbank auch die Devisenreserven der Geschäftsbanken in

¹ Geschäftsbericht für 1967, S. 92.

Verschieden definierte Zahlungsbilanzsalden in der BRD und den USA
in Mrd. DM bzw. Mrd. \$

	Lfd.Nr.	Bundesrepublik Deutschland							Vereinigte Staaten von Amerika			
		1963	1964	1965	1966	1967	1. Vj. 1968	Bestand Ende 67	1966	1967	1. Vj. 1968	Bestand Ende 67
I. Zunahme ausgewählter Forderungen an das Ausland												
Zentralbank												
Gold	1	0,7	1,6	0,6	-0,5	-0,3	-1,0	16,9	-0,6	-1,1	-1,4	12,1
Voll verwendbare Forderungen ¹⁾	2	2,0	-2,1	-3,1	2,2	0,6	1,8	10,5	0,5	1,0	0,4	2,3
Kreditgewährung an IWF ²⁾	3	-	0,7	0,7	-	-0,7	-	0,7	.	.	.	.
Beschränkt verwendbare Reserve ³⁾	4	-0,2	-0,2	0,4	-0,6	0,9	0,5	3,3	.	.	.	.
Regierung												
Reserveposition im IWF ⁴⁾	5	0,1	0,7	0,0	0,7	-0,1	0,3	3,5	-0,5	0,1	0,1	0,4
Geschäftsbanken												
Kurzfristige Forderungen	6	0,1	0,7	0,3	0,0	4,4	1,8	9,6	0,1	0,7	.	8,6
Private Nichtbanken												
Kurzfristige Forderungen	7	0,0	0,3	0,3	-0,2	0,5	0,1	1,5	0,3	0,4	.	3,2
Zusammen	8	2,7	1,7	-0,8	1,6	5,3	3,5	46,0	-0,2	1,1	.	26,6
II. Zunahme ausgewählter Verbindlichkeiten gegenüber dem Ausland												
Zentralbank												
Kurzfristige Verbindlichkeiten	9	-0,1	0,0	0,2	0,1	0,1	-0,2	0,6	0,0	0,0	0,0	0,2
Regierung												
Liquide Wertpapiere ⁵⁾	10	0,0	0,3	-0,2	0,3	-0,1	0,2	0,5	-1,7	1,7	.	12,0
Geschäftsbanken												
Einlagen von Ausländern	11	0,9	0,4	0,4	0,0	1,2	-0,1	6,8	2,2	1,8	.	17,4
„Kredite“ von Ausländern	12	-0,1	0,4	-0,3	-0,4	0,0	0,0	1,9	.	.	.	.
Private Nichtbanken												
Kurzfristige Verbindlichkeiten	13	0,0	0,5	1,1	1,7	-1,0	0,1	4,5	0,3	0,4	.	1,5
Von Ausländern gehaltene private Geldmarktpapiere	14	.	.	.	.	.	.	.	0,3	0,0	.	3,9
Zusammen	15	0,7	1,6	1,2	1,7	0,2	0,0	14,3	1,1	3,9	.	35,0
III. Sonstiger Kapitalverkehr mit dem Ausland (Kapitalimport: -)												
Erfäßbarer Kapitalverkehr ⁶⁾	16	-1,6	1,9	-1,9	1,2	3,5	1,5	5,3	3,2	4,0	.	.
Restposten der Zahlungsbilanz	17	0,5	-1,8	-2,5	-0,7	1,1	-1,9	10)-7	0,3	0,6	.	.
Zusammen	18	-1,1	0,1	-4,4	0,5	4,6	-0,4	-1,7	3,5	4,6	.	.
IV. Zunahme der Währungsreserven (Zahlungsbilanzüberschuß)												
Zentralbank												
A voll verfügbar, brutto	1 bis 3	2,6	0,2	-1,8	1,7	-0,4	0,7	28,1	0,0	-0,1	-1,0	14,4
B voll verfügbar, netto	(1 bis 3) · 9	2,7	0,2	-2,0	1,6	-0,5	0,9	27,5	0,0	-0,1	-1,0	14,3
C gesamte Reserve, brutto	1 bis 4	2,5	0,0	-1,4	1,1	0,5	1,3	31,4	0,0	-0,1	-1,0	14,4
D gesamte Reserve, netto	(1 bis 4) · 9	2,6	0,0	-1,5	1,0	0,4	1,5	30,8	0,0	-0,1	-1,0	14,3
Zentralbank und Regierung												
E voll verfügbar, brutto	(1 bis 3) + 5	2,8	0,9	-1,8	2,4	-0,5	1,1	31,6	-0,6	-0,1	-0,9	14,8
F voll verfügbar, netto	(1 bis 3) + 5	2,9	0,6	-1,7	2,0	-0,5	1,0	30,5	1,1	-1,7	.	2,7
G gesamte Reserve, brutto	· 9 + 10	2,6	0,8	-1,4	1,8	0,4	1,6	34,9	-0,6	-0,1	-0,9	14,8
H gesamte Reserve, netto	(1 bis 5)	2,7	0,4	-1,3	1,4	0,4	1,6	33,8	1,1	-1,7	.	2,7
Bankensystem												
I gesamte Reserve, brutto	(1 bis 4) + 6	2,6	0,7	-1,0	1,1	4,9	3,0	41,0	0,1	0,6	.	23,0
K gesamte Reserve, netto	(1 bis 4) + 6	1,9	0,0	-1,4	1,4	3,6	3,3	31,7	-2,2	-1,2	.	5,4
Bankensystem und Regierung												
L gesamte Reserve, brutto	(1 bis 6)	2,7	1,5	-1,1	1,8	4,8	3,3	44,5	-0,5	0,7	.	23,4
M gesamte Reserve, netto	(1 bis 6)	2,1	0,4	-1,1	1,8	3,6	3,4	34,7	-1,0	-2,8	.	-6,1
Sonstige Zahlungsbilanzsalden												
N Bilanz auf Liquiditätsbasis	(1 bis 3) + 5 · 9 + 10 + 11 + 12 + 14	2,1	-0,2	-1,9	2,4	-1,7	1,1	21,8	-1,4	-3,6	11)-0,6	-18,6
O Bilanz d. offiz. Reservetransaktion. ⁷⁾		.	.	.	.	.	.	.	0,2	-3,4	.	.
P Grundbilanz ⁸⁾		2,7	-0,6	-5,5	0,7	6,1	1,3	.	-0,7	-2,9	.	.
Q Geldvermögensbildung der gesamten Volkswirtschaft ⁹⁾		0,9	0,2	-6,4	0,4	9,7	3,1	30	2,2	1,8	.	.
1) Einschl. Roosa-Bonds. - 2) An den Internationalen Währungsfonds (IWF) im Rahmen der allgemeinen Kreditvereinbarungen. - 3) Einschl. Forderungen an die Weltbank. - 4) Tatsächlich eingezahlter Betrag der Quote im IWF. - 5) BRD: in deutschen Geldmarktpapieren angelegte DM-Guthaben ausländischer Zentralbanken; USA: einschl. nicht-verbriefteter Verbindlichkeiten gegenüber dem IWF. - 6) Als Rest ermittelt: IV Q · 8 + 15 · 17. - 7) IV E minus „liquide und bestimmte nicht-liquide“ Verpflichtungen der Inländer gegenüber öffentlichen ausländischen Stellen. - 8) Überschuß der laufenden Posten minus langfristiger Nettokapitalexport (ohne Sondertransaktionen). - 9) Das Geldvermögen (alle Forderungen minus Verbindlichkeiten) am 31. 12. 1967 ist grob geschätzt; die Zuwächse entsprechen den Überschüssen in den laufenden Posten der Zahlungsbilanz. - 10) Grobe Schätzung. - 11) Saisonbereinigt.												

¹⁾ Einschl. Roosa-Bonds. — ²⁾ An den Internationalen Währungsfonds (IWF) im Rahmen der allgemeinen Kreditvereinbarungen. — ³⁾ Einschl. Forderungen an die Weltbank. — ⁴⁾ Tatsächlich eingezahlter Betrag der Quote im IWF. — ⁵⁾ BRD: in deutschen Geldmarktpapieren angelegte DM-Guthaben ausländischer Zentralbanken; USA: einschl. nicht-verbriefter Verbindlichkeiten gegenüber dem IWF. — ⁶⁾ Als Rest ermittelt: IV Q · 8 + 15 · 17. — ⁷⁾ IV E minus „liquide und bestimmte nicht-liquide“ Verpflichtungen der Inländer gegenüber öffentlichen ausländischen Stellen. — ⁸⁾ Überschuf der laufenden Posten minus langfristiger Nettokapitalexport (ohne Sondertransaktionen). — ⁹⁾ Das Geldvermögen (alle Forderungen minus Verbindlichkeiten) am 31. 12. 1967 ist grob geschätzt; die Zuwächse entsprechen den Überschüssen in den laufenden Posten der Zahlungsbilanz. — ¹⁰⁾ Grobe Schätzung. — ¹¹⁾ Saisonbereinigt.

die „nationale Devisenreserve“ ein². Orientiert man sich an der Änderung der Währungsreserven des gesamten Bankensystems und der Regierung (IV, L), so schließt die Zahlungsbilanz der Bundesrepublik mit einem Überschuß von 4,8 Mrd. DM und die Bilanz der Vereinigten Staaten mit einem Überschuß von 0,7 Mrd. \$.

In zahlreichen Ländern werden von den offiziellen Instanzen Zahlungsbilanzsalden veröffentlicht, die eine Information über die Änderungen des internationalen *Liquiditätsstatus* des Landes vermitteln sollen: Die Änderungen der Bruttoreserven werden um die Änderung kurzfristiger Verbindlichkeiten gegenüber dem Ausland bereinigt. Ausschlaggebend für die Wahl eines Nettokonzpts ist offensichtlich die von der „Goldenen Bankregel“ beeinflusste Vorstellung, daß nur insoweit von einer echten Liquiditätsreserve des Landes gesprochen werden könne, wie die liquiden Reserven größer sind als die kurzfristigen Zahlungspflichten gegenüber Ausländern. Auch die Bundesbank publiziert regelmäßig die Netto-Devisenposition der Bundesbank und oft auch die Nettoposition der Geschäftsbanken. Das Nettokonzpt der Bundesbank ist allerdings sehr viel enger gefaßt als das der amerikanischen Währungsbehörden; dort werden die Änderungen der „liquiden“ Verbindlichkeiten *aller* Inländer von den Änderungen der offiziellen Währungsreserven abgesetzt.

Die so definierte Zahlungsbilanz wies 1967 in den USA einen Fehlbetrag von 3,6 Mrd. \$ auf, der den — seit langem zunehmenden — Überschuß der „liquiden“ Verbindlichkeiten über die offiziellen Reserven auf über 18 Mrd. \$ steigen ließ. Für die Bundesrepublik ergibt sich nach dieser Abgrenzung ein Defizit von 1,7 Mrd. DM und ein Netto-Forderungsbestand von 22 Mrd. DM. Allerdings kann diese Berechnung nur als grobe Annäherung angesehen werden.

Der am weitesten gefaßte Zahlungsbilanzbegriff ist die „Grundbilanz“ (IV, P); der Saldo dieser Bilanz setzt sich zusammen aus den Salden der laufenden Posten und des langfristigen Kapitalverkehrs. Er wird — freilich bereinigt um den Restposten der Zahlungsbilanz — besonders in Großbritannien als Indikator für die Zahlungsbilanzsituation herangezogen. Aber auch die Bundesbank hat ihn des öfteren zur Beurteilung der längerfristigen Zahlungsbilanzentwicklung in der Bundesrepublik verwendet.

Angesichts der Vielfalt plausibler Zahlungsbilanzbegriffe erscheint es fraglich, ob es überhaupt sinnvoll ist, nach einem allgemeingültigen Zahlungsbilanzsaldo zu suchen. Tatsächlich gibt es keinen schlechthin optimalen Zahlungsbilanzbegriff. Welche Definition man wählt, sollte vielmehr von der Frage abhängen, die man beantworten will. Eine länger anhaltende deutliche Abnahme der zentralen Währungsreserven wird beispielsweise gewiß oft zu Recht als ein wichtiges Symptom für eine verfehlte

Geld-, Finanz- und Einkommenspolitik angesehen und zum Anlaß für eine Revision der Wirtschaftspolitik genommen.

Mehr oder weniger problematisch sind dagegen die Versuche, die Zahlungsfähigkeit eines Landes zu beurteilen, indem man die kurzfristigen Forderungen den kurzfristigen Verbindlichkeiten gegenüberstellt. Selbst die sehr vorsichtigen Liquiditätskonzepte, auf denen die offiziellen amerikanischen und britischen Zahlungsbilanzsalden basieren, vermögen keine erschöpfende Auskunft über die außenwirtschaftliche Zahlungsfähigkeit eines Landes zu geben. Ausschlaggebend für die Solvenz eines Landes sind vielmehr Faktoren wie eine günstige Wettbewerbsposition, die Möglichkeit, jederzeit Kredite zu erhalten (Bonität) sowie die Bereitschaft und Fähigkeit, eine zahlungsbilanzorientierte Zinspolitik zu betreiben. Sind diese Voraussetzungen gegeben, so reichen weit weniger Reserven aus, als sie etwa die Bundesbank zur Zeit besitzt. Sind diese Bedingungen nicht erfüllt und ist das Land sogar von nachhaltiger Kapitalflucht bedroht, so werden sich — wie das Beispiel anderer Länder zeigt — auch Devisenreserven, die über die kurzfristigen Verbindlichkeiten hinausgehen, bald als unzureichend erweisen.

Freilich kann von einem mehr pragmatisch-taktischen Standpunkt aus nicht übersehen werden, daß für die Beurteilung der Zahlungsfähigkeit eines Landes auch das relevant ist, was in der Öffentlichkeit als Zahlungsbilanzsaldo gilt. So gesehen erscheint es als durchaus realistisch, daß die Bundesbank die von ihr erworbenen mittelfristigen US-Schuldverschreibungen nicht in die verfügbare Währungsreserve aufnimmt; denn mit diesem Kauf haben sich die „liquiden Verbindlichkeiten“ der USA und damit das offizielle amerikanische Zahlungsbilanzdefizit verringert.

Die Feststellung der Bundesbank hingegen, die Bundesrepublik habe den anderen Ländern keine Liquidität entzogen, sondern eher zugeführt oder jederzeit fällige Verbindlichkeiten ausländischer Währungsbehörden gegenüber der Bundesbank vermindert, geht sogar an dem „bilanzoptischen“ Problem vorbei: Der hier gewählte Zahlungsbilanzbegriff, bei dem die kurzfristigen Forderungen der Geschäftsbanken nicht als Devisenreserven betrachtet werden, ist nicht das Pendant zu den Zahlungsbilanzen von Ländern, die ihre Zahlungsbilanzsalden nach dem Netto-Liquiditätskonzept berechnen. In der offiziellen Zahlungsbilanzstatistik etwa der USA und Großbritanniens ergibt sich — wie erwähnt — der Zahlungsbilanzsaldo als Differenz zwischen der Änderung der liquiden Reserven und der Ände-

² Dabei wurden allerdings die kurzfristigen Auslandsverbindlichkeiten abgesetzt. Neuerdings wird die Netto-Devisenposition der Geschäftsbanken zwar weiterhin veröffentlicht, aber nicht mehr als Währungsreserve aufgefaßt, da sich die längerfristigen Änderungen der Netto-Devisenposition der Geschäftsbanken hinsichtlich ihrer Bestimmungsgründe „von anderen Formen des Kapitalverkehrs nicht wesentlich unterscheiden, es sei denn, daß die Zentralbank spezielle Maßnahmen zur Beeinflussung der Devisenposition der Kreditinstitute ergriffe“ (Geschäftsbericht für 1965, S. 110).

rung der „liquiden“ oder bestimmter kurzfristiger Verbindlichkeiten. In diesen Verbindlichkeiten sind unter anderem die kurzfristigen Verbindlichkeiten gegenüber ausländischen Geschäftsbanken enthalten. Dies bedeutet, daß Geldexporte deutscher Geschäftsbanken zwar zu einer Verminderung der offiziellen deutschen Devisenreserven führen können, nicht aber zu einer Verbesserung der Zahlungsbilanzen in solchen Ländern beitragen, die sich an dem erwähnten Zahlungsbilanzkonzept orientieren. Diese Länder werden nur dann Liquidität aus der Bundesrepublik erhalten, wenn sich die liquiden Forderungen der Bundesbank, der Regierung und der deutschen Geschäftsbanken zusammengenommen verringern. Länder, die sich an der Grundbilanz ausrichten, könnten — bei unveränderter Leistungs-

bilanz — sogar nur von einer Verstärkung ihrer langfristigen Kapitalimporte profitieren.

An diesen Zahlungsbilanzkonzepten gemessen hat sich die Bundesrepublik 1967 zahlungsbilanzpolitisch noch keineswegs voll befriedigend verhalten: Ihre Grundbilanz wies einen Rekordüberschuß auf, und die Abnahme der voll verfügbaren zentralen Währungsreserven ist weit überkompensiert worden durch eine Zunahme der Währungsreserven der Geschäftsbanken. Es ist aber zu erwarten, daß die Bundesrepublik in diesem Jahr mit einer besseren Note abschneiden wird: Der westdeutsche Kapitalmarkt hat sich in letzter Zeit deutlich aufgelockert; eine wesentliche Bedingung für eine Verstärkung des langfristigen Kapitalexportes ist damit erfüllt.

Zur Bedeutung der deutschen Importe für die konjunkturelle Entwicklung im Ausland

Die Außenhandelsabhängigkeit ist in den Industrieländern der westlichen Welt sehr unterschiedlich. Ohne daß eine strenge Beziehung zwischen der Größe des Bruttosozialprodukts einer Volkswirtschaft und der Höhe des Exportanteils an diesem Produkt besteht, sind die kleineren Länder im allgemeinen doch stärker außenhandelsorientiert als die großen. Extreme Beispiele sind einerseits die Vereinigten Staaten von Amerika mit einem Bruttosozialprodukt von 785 Mrd. \$, das zu rund 4 vH durch Warenexporte geschaffen wird, und andererseits Belgien, dessen Bruttosozialprodukt von 19 Mrd. \$ zu rund 37 vH exportiert wird (1967). In geographisch kleinen Ländern ist das inländische Angebot relativ wenig differenziert; Importneigung und Zwang zum Auslandsabsatz sind folglich vergleichsweise hoch.

Die Höhe des Exportanteils am Sozialprodukt ist sowohl für den Trend als auch für die konjunkturelle Entwicklung eines Landes von Bedeutung: Die Ausfuhr zeichnet sich unter den gesamtwirtschaftlichen Nachfragekomponenten durch die größte Dynamik aus. In jedem der 14 wichtigsten Industrieländer der westlichen Welt ist in den fünf Jahren 1963 bis 1967 die Ausfuhr real stärker gestiegen als die Nachfrage der übrigen Bereiche. Zum Ausdruck kommt hierin die internationale Spezialisierung und die Tendenz zur Differenzierung des Angebots auf den Weltmärkten. Die Entwicklung des zu jeweiligen Preisen berechneten Exportanteils am Bruttosozialprodukt der einzelnen Volkswirtschaften spiegelt die zunehmende Außenhandelsverflechtung allerdings nicht oder nur schwach wider, da die Steigerung der Exportgüterpreise als Folge sowohl der stärkeren Konkurrenz auf den Weltmärkten als auch des großen Gewichtes der Dienstleistungen am Bruttosozialprodukt im allgemeinen geringer ist als die Erhöhung des gesamtwirtschaftlichen Preisniveaus.

Anteil der Warenexporte am nominalen Bruttosozialprodukt
in vH

Land	Warenexporte insgesamt			Warenexporte in die BRD		
	1961	1965	1967 ¹⁾	1961	1965	1967 ¹⁾
Bundesrepublik Deutschland . .	15,6	15,8	17,8	—	—	—
Frankreich	11,1	10,7	10,5	1,7	2,1	1,8
Italien	11,3	12,6	13,0	2,0	2,7	2,3
Niederlande	34,4	33,5	32,1	7,6	9,3	8,4
Belgien	32,5	37,7	36,8	5,0	8,2	7,3
Großbritannien	13,5	13,5	13,1	0,6	0,7	0,6
Schweden	19,9	20,1	19,5	2,5	2,9	2,2
Schweiz	21,1	21,2	22,2	3,7	3,6	3,0
Dänemark	22,9	20,7	18,8	4,7	3,6	2,4
Österreich	17,6	17,3	17,0	4,8	5,0	3,8
Norwegen	16,9	18,5	18,8	2,3	2,5	2,3
Vereinigte Staaten von Amerika	4,0	4,0	4,0	0,2	0,2	0,1
Kanada	16,8	16,8	18,4	0,6	0,4	2)0,3
Japan	8,2	10,0	9,0	0,2	0,3	0,2

¹⁾ Vorläufige Zahlen. — ²⁾ Erstes Halbjahr.
Quellen: OECD, Commodity Trade Statistics, Series C, Exports
1960–1966; Nationalstatistiken.

Sagt der Anteil der Exporte am Bruttosozialprodukt etwas darüber aus, inwieweit ein Land durch Veränderungen der ausländischen Nachfrage beeinflusst werden kann, so sind seine Importe ein Maßstab dafür, mit welcher Intensität dieses Land seinerseits auf die Einkommensentwicklung in den Partnerstaaten einwirkt. Die Höhe des Bruttosozialprodukts ist in dieser Hinsicht nicht immer repräsentativ, wie das Beispiel der Vereinigten Staaten zeigt. Die USA erstellen — auf der Basis der geltenden Wechselkurse — zwar mehr als die Hälfte des gesamten Bruttosozialprodukts der wichtigsten westlichen Industrieländer, ihre Importe machen aber weniger als ein Fünftel der gesamten Importe dieser Länder aus.

Je nach seiner Exportabhängigkeit und der Stärke seines Einflusses hat ein Land bei konjunkturpolitischen Entscheidungen stets auch die internationalen Konsequenzen seiner Maßnahmen zu bedenken. Die

Bruttosozialprodukt und Warenimporte 1966

Land	Bruttosozialprod.		Warenimporte	
	Mrd. \$	in vH	Mrd. \$	in vH
Bundesrepublik Deutschland . .	120,18	8,7	18,17	13,9
Frankreich	101,38	7,3	11,84	9,0
Italien	61,59	4,4	8,57	6,6
Niederlande	20,76	1,5	8,02	6,1
Belgien	18,13	1,3	7,17	5,5
Großbritannien	104,18	7,5	16,67	12,7
Schweden	21,36	1,5	4,57	3,5
Schweiz	14,94	1,1	3,92	3,0
Dänemark	12,92	0,9	2,99	2,3
Österreich	10,02	0,7	2,33	1,8
Norwegen	8,45	0,6	2,40	1,8
Vereinigte Staaten von Amerika	743,3	53,6	25,55	19,5
Kanada	53,76	3,9	9,13	7,0
Japan	97,48	7,0	9,52	7,3
Industrieländer, gesamt		100,0		100,0

Quellen: EWG, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung; OECD, Main Economic Indicators; OECD, Commodity Trade Statistics, Series C, Imports, 1966; Nationalstatistiken.

Vereinigten Staaten — sie sind hier wiederum als extremes Beispiel zu nennen — können zwar mit ihrer eigenen Nachfrage auf den internationalen Märkten fühlbare Veränderungen bewirken; ihre binnenwirtschaftliche Entwicklung wird jedoch durch exogen bestimmte Exportänderungen direkt nur geringfügig beeinflußt. Freilich ist dieses Land aus Zahlungsbilanzgründen ebenfalls gezwungen, auf die internationale Konjunktur Rücksicht zu nehmen. Gemessen am Gewicht ihrer Importe steht die Bundesrepublik Deutschland hinter den Vereinigten Staaten an zweiter Stelle. Mit diesem starken Einfluß auf die Einkommensentwicklung in anderen Ländern erwächst den Trägern der deutschen Wirtschaftspolitik eine besondere Verantwortung.

In einigen kleineren Volkswirtschaften, insbesondere in den Niederlanden, Belgien und Österreich, ist das Gewicht der Warenexporte in die Bundesrepublik — gemessen am jeweiligen Bruttosozialprodukt — beträchtlich. Auch in den meisten übrigen kontinental-europäischen Industrieländern beliefen

sich diese Exporte in den vergangenen Jahren mindestens auf 2 vH des Bruttosozialprodukts. Die Bedeutung der Bundesrepublik ist in dieser Hinsicht keineswegs auf die EWG-Staaten beschränkt, obwohl in diesem Gebiet — im Gegensatz zu den EFTA-Ländern — das Gewicht der deutschen Importe zugenommen hat.

Um eine Vorstellung davon zu gewinnen, wie stark sich die Rezession in der Bundesrepublik in den übrigen Industrienationen der westlichen Welt ausgewirkt hat, wird der Versuch gemacht, die „Exportverluste“ der einzelnen Länder zu quantifizieren. Wird unterstellt, daß die Ausfuhren der deutschen Handelspartner in die Bundesrepublik 1967 jeweils im gleichen Ausmaß gestiegen wären wie im Durchschnitt der Jahre 1962 bis 1966, so errechnen sich — verglichen mit der tatsächlichen Entwicklung dieser Ausfuhren — je nach dem Verflechtungsgrad und der Marktgröße recht unterschiedliche Exportverluste für die einzelnen Länder. Für die Schweiz beispielsweise ist der unter dieser Hypothese verlorengegangene Absatz auf etwa 45 Mill. \$ zu beziffern und ist damit absolut am geringsten; in Frankreich erreicht er mit 425 Mill. \$ den höchsten Wert. Die Wachstumseinbußen infolge der verminderten deutschen Importe schwankten nach dieser Vergleichsrechnung im Jahre 1967 in den einzelnen kontinental-europäischen Volkswirtschaften mit Ausnahme Belgiens und Norwegens¹⁾ zwischen real 0,3 vH (Schweiz) und 0,8 vH (Niederlande und Österreich) des Bruttosozialprodukts; in Belgien liegt der auf diese Weise quantifizierte Wachstumsverlust mit 1,8 vH am höchsten.

Dieser Vergleich der fiktiven mit der wirklichen Entwicklung berücksichtigt jedoch lediglich die direkten Wirkungen des Nachfrageausfalles. Unter Einschluß auch der multiplikativen Effekte, die sich allerdings nicht quantifizieren lassen, haben sich mit Sicherheit noch stärkere Ausfälle ergeben. Da zur

¹⁾ Als einziges der westlichen Industrieländer hatte Norwegen 1967 gegenüber 1966 noch eine Steigerung seiner Exporte in die Bundesrepublik (+11 vH) zu verzeichnen.

Entwicklung der Warenexporte in die Bundesrepublik

Land	in 1000 \$	Zuwachsraten gegenüber dem Vorjahr in vH						
	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967
Frankreich	942 912	16,1	16,1	5,5	16,7	24,0	8,2	— 6,1
Italien	604 913	24,7	20,1	0,2	24,8	34,6	5,7	— 4,7
Niederlande	895 969	6,2	10,8	21,8	21,8	13,6	2,3	4,7
Belgien	597 736	1,2	26,9	17,1	29,6	19,7	3,3	— 3,3
Großbritannien	446 097	7,5	16,4	6,9	2,8	16,4	—0,9	— 2,7
Schweden	389 206	—11,0	7,2	22,3	15,5	9,6	—3,8	— 9,7
Schweiz	337 000	5,7	5,4	3,4	8,2	17,3	—2,0	— 2,9
Dänemark	298 300	4,0	2,1	1,1	6,1	15,1	—6,6	—12,3
Österreich	300 391	9,9	6,9	—0,9	15,3	13,5	—1,6	—10,9
Norwegen	120 889	5,9	2,8	11,4	21,9	11,1	8,7	12,3
Vereinigte Staaten von Amerika	1 052 392	0,5	0,3	2,3	19,3	14,8	4,9	—35,7
Kanada	172 731	23,2	—20,6	—3,4	23,4	—11,2	—7,0	.
Japan	66 303	25,9	24,8	10,9	28,9	44,4	14,7	—12,8

Quellen: OECD, Commodity Trade Statistics, Series C, Exports, 1960 bis 1966; Nationalstatistiken.

Zeit der Konjunkturabschwächung in der Bundesrepublik in keinem der Partnerländer Hochkonjunktur herrschte, strahlte die Verschlechterung in der Exportwirtschaft rasch auf andere Bereiche aus.

Über die direkten Nachfrageverluste hinaus gingen von der Verminderung der deutschen Importe negative Wirkungen auf die Leistungsbilanzen der Partnerländer aus. In den Jahren 1966 und 1967 hat sich zwar die Handelsbilanz der Bundesrepublik gegenüber nahezu allen Partnerländern aktiviert; die Ausfuhren in die Bundesrepublik nahmen in diesen Jahren jedoch gerade in jenen Ländern ab, deren Handelsbilanz gegenüber der Bundesrepublik „chronisch“ defizitär ist, wie z. B. Dänemark und Schweden, die zudem über relativ geringe Devisenreserven verfügen. Auch für die Vereinigten Staaten und Großbritannien, bei denen der direkte Einkommensausfall, der durch die Importverminderung der Bundesrepublik verursacht wurde, mit weniger als 0,1 vH des Bruttosozialprodukts keine Rolle spielte, war der Verlust an Absatzchancen — betrachtet man ihn als entgangene Deviseneinnahmen — mit 4,7 vH bzw. 2,5 vH der Währungsreserven allein 1967 beachtlich. Zumindest für die angelsächsischen Länder und die kleineren westeuropäischen Industrieländer, die ihre Konjunkturpolitik ständig an den außenwirtschaftlichen Erfordernissen ausrichten müssen, hat der deutsche Konjunkturrückschlag auch auf diesem Wege einen wachstumshemmenden Einfluß ausgeübt.

Die Überwindung der Rezession in der Bundesrepublik ist somit nicht zuletzt auch unter dem Gesichtspunkt der internationalen Konjunktur zu begrüßen. Unter der Voraussetzung, daß das deutsche Bruttosozialprodukt 1968 real um 5 vH steigt, dürften die Wareneinfuhren um mehr als 11 vH gegenüber 1967 zunehmen²). Mit dieser Zuwachsrate würden zwar der seit 1960 zu registrierende Trend der deutschen Importentwicklung noch nicht erreicht und die in den Industrieländern der westlichen Welt verursachten „Wachstumsverluste“ nicht voll aufgeholt werden. Es steht jedoch außer Frage, daß von der konjunkturellen Wiederbelebung in der Bundesrepublik 1968 Wachstumsimpulse auf die Partnerländer ausgehen werden. Schon im ersten Quartal 1968 sind die deutschen Importe im Vorjahrsvergleich insgesamt um 15,5 vH gestiegen; in dieser hohen Zuwachsrate schlägt sich freilich auch das außergewöhnlich niedrige Vorjahrsniveau nieder. Obwohl bisher kaum vorauszusagen ist, wie sich die Importzunahme im Jahre 1968 auf die einzelnen Lieferländer verteilen wird, dürften die westeuropäischen Industrienationen durch den deutschen Wiederaufschwung besonders begünstigt werden. Im ersten Quartal 1968 sind die deutschen Einfuhren aus diesen Ländern — mit Ausnahme Frankreichs, der Schweiz und Dänemarks — überproportional gestiegen.

² Vgl. die Gemeinschaftsdiagnose deutscher Wirtschaftsforschungsinstitute, in Wochenbericht Nr. 17/18, 1968.